



Forschungsminister von Bülow
Pfeifend durch den Wald

mobil-Unternehmen gar nichts mehr investieren, um kein Geld für womöglich falsche Entwicklungen zu verschwenden — Arbeitsplätze und internationale Konkurrenzfähigkeit wären gefährdet.

Tenor aller Ablehnungsbescheide des Wirtschaftsministeriums: „Im übrigen verspricht der Wettbewerb bessere Ergebnisse als eine Festlegung staatlicher Standards.“

Ueberhorst dagegen ist sicher, mit seinen Methoden die Energieverschwendung wesentlich wirksamer bekämpfen zu können als Lambsdorffs liberale Leisetreter. Auf Zeichen des Ministers, „daß die geforderten Sofortmaßnahmen umgesetzt werden“ (Ueberhorst), wartet er aber bisher vergebens.

Rückendeckung kommt dafür aus der SPD. Lambsdorffs Eifer, Einwände gegen nahezu jeden Sparplan zu erheben, erstaunt den nordrhein-westfälischen Sozialminister Friedhelm Farthmann. Mutlos nähmen es die Genossen hin, wundert er sich, daß ihre Vorschläge samt und sonders verworfen werden. Solcher Kleinmut stehe in keinem Verhältnis zu dem Druck, mit dem der Widerstand gegen die Kernenergie gebrochen werde.

Des Kanzlers Gegner in der SPD sind spätestens seit Schmidts öffentlichem Bekenntnis, er halte den Verzicht auf Kernenergie für nahezu unmöglich, überzeugt, die Regierungspolitik mache aus der Republik unaufhaltsam einen Atomstaat. Die Argumente der Nuklearkritiker, argwöhnen sie, würden nur noch zum Schein ernst genommen, um den Widerstand gegen den weiteren Bau von Kernkraftwerken nicht noch zu verstärken.

So hat das Nuklearkabinett vorletzte Woche zwar beschlossen, die Forderung von Ueberhorsts Parlamentskommission zu erfüllen, einen Gutachtenauftrag über die notwendige Kapazität einer Wiederaufbereitungsanlage in Hessen zu vergeben. Was immer die Experten dabei aber herausfinden, auf die Politik soll ihr Forschen keinen Einfluß haben.

Längst ist nämlich zwischen Hessens SPD-Ministerpräsident Holger Börner und der Bundesregierung ausgemacht, trotz Protesten der Umweltschützer eine kommerzielle Atomfabrik und nicht eine kleine Demonstrationsanlage zu bauen. Das Werk soll 350 Tonnen Brennelemente pro Jahr wiederaufarbeiten können. Offen ist nur noch, ob das vier Milliarden Mark teure Nuklearzentrum im nordhessischen Volkmarzen, in Rabenau (Kreis Gießen) oder in Runkel bei Limburg stehen soll.

Sorgfältig achten die Bonner darauf, Börners Pläne nicht zu stören. FDP-Innenminister Gerhart Baum und SPD-Forschungsminister Andreas von Bülow bekannten im Nuklearkabinett ungeniert, das Gutachten sei eigentlich überflüssig. Baum: „Unter Sicherheitsgesichtspunkten brauche ich das nicht.“ Von Bülow: „In der Sache selbst ist alles klar.“

Dem Forschungsminister hat der Kanzler die Rolle des Vorkämpfers für die neue Atompolitik zugedacht. Baum war von den ersten Auftritten des Kabinettsneulings beeindruckt: „Das ist ein Forscher Junge. Der ist völlig unbekümmert und geht pfeifend durch den Wald.“

SPD/ALTERNATIVE

Faust in der Tasche

Die Sozialdemokraten versuchen, Kontakte zur alternativen Szene zu knüpfen.

Sie gründeten Mietervereine und Genossenschaften, inszenierten Theaterstücke und stählten ihren Leib in eigenen Vereinen. Sie ließen ihren Nachwuchs in Kinderrepubliken Demokratie erproben und sorgten in Wohlfahrtsorganisationen für sozial Benachteiligte — die Sozialdemokraten zu Anfang dieses Jahrhunderts.

Sie bauen Wärmepumpen und Windräder, plombieren in genossenschaftlichen Praxen Zähne, kümmern sich um alleinstehende Alte. Sie instandbesetzen leerstehende Häuser, holen Fixer von der Droge, verwalten ihre eigene Kreditbank — die Alternativen, achtzig Jahre später.

Doch über den gemeinsamen Ausgangspunkt hinaus verbindet Genossen und Alternative bislang wenig. Für die meisten Sozialdemokraten ist die neue Gegenkultur Schwärmerei, der Rückzug aus herkömmlicher Politik eine

7 Tage Dialog in Düsseldorf

zwischen Herstellern und Anwendern von Verpackungsmaschinen, Packmitteln und Süßwarenmaschinen. Sie suchen für Ihr Produkt eine Verpackung, die schützt, hygienisch ist — umweltfreundlich, marktgerecht, verkaufsfördernd.

Sie wollen rationeller und wirtschaftlicher produzieren und den neuesten Stand der Verpackungstechnik international vergleichen.

Sie suchen ein Verpackungssystem, das auf Ihre Bedürfnisse zugeschnitten ist. Sie möchten prüfen, welche Materialien für Ihre Produkte die optimalen Packmittel sind. Sie werden Erfahrungen austauschen, über Probleme diskutieren und Trends erkennen. Denn interpack '81 bedeutet 7 Tage Dialog zwischen Fachleuten.

Weitere Informationen sofort anfordern!

Bitte senden Sie uns nach Erscheinen ... Kataloge interpack '81 zum Einzelpreis von DM 18,- plus Versandkosten.

Düsseldorfer Messegesellschaft mbH
- NOWEA - interpack '81
Postfach 32 02 03,
D - 4000 Düsseldorf 30
☎ (02 11) 45 60 - 1 ☎ 8 584 853 mes d

Name _____
Firma _____
Abteilung _____
Straße _____
PLZ/Ort _____
Land _____ S/ip 81

interpack '81

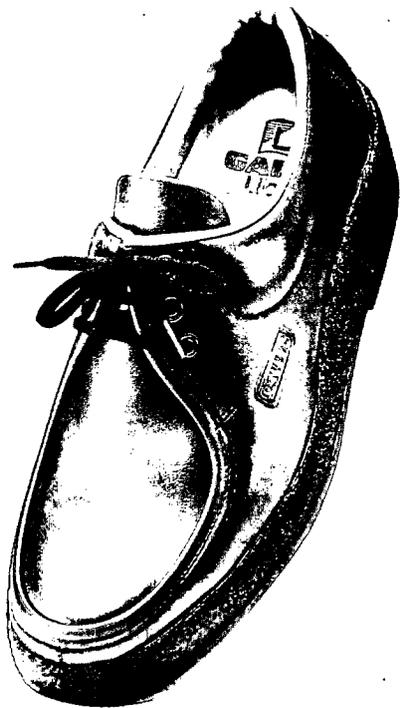


9. Internationale Messe für Verpackungsmaschinen, Packmittel, Süßwarenmaschinen Düsseldorf, 14.-20. 5. 81

Bitte beachten Sie die neuen Öffnungszeiten: 10 - 18 Uhr

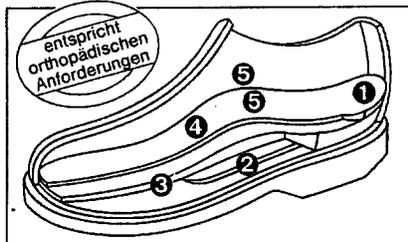
 **Düsseldorfer Messen**
Basis für Business





Füße die sich wohlfühlen sollen, brauchen die Fußfreiheit eines guten Schuhs.

GALLUS Liberty Schuhe Freiheit für Ihre Füße



- ① Liberty-Kugelferse
- ② Orig. Liberty-Spezialgelenk
- ③ Liberty-Vollfußbett
- ④ Leder-Decksohle
- ⑤ Sanitized ausgerüstet

Wo Sie GALLUS Liberty-Schuhe bekommen, sagen wir Ihnen gern.



GALLUS
Herrenschuhe
mit internationalem Flair

advisa

Bezugsstellen durch
GALLUS-Herrenschuhe
D 4060 Hergen 11 und
A 9400 Wolfenbürgel/Kärnten

„bürgerlich-romantische Antwort auf die Krise unseres Industriezeitalters“ (der schleswig-holsteinische SPD-Fraktionschef Klaus Matthiesen). Dem Durchschnittsgenossen steht der Arbeitersohn aus Gelsenkirchen, der täglich zur Uni Bochum pendelt, näher als die Industriellentochter, die in einer Frauenbude Berlin-Kreuzbergs Mollen zapft.

Was die Jugendlichen ihrerseits von der Politik der SPD halten, schildert Thomas Krüger, Berliner Alternativer: „Ein neues Jugendzentrum kann die arbeitslosen Hauptschulabgänger nicht über die Trostlosigkeit ihrer Situation hinwegtrösten, die neueste Hochschulreform den Studenten nicht eine sinnvolle Perspektive geben, ein neues Krankenhaus nicht den zunehmenden Streß am rationalisierten Arbeitsplatz wegkurieren, ein saniertes Stadtviertel nicht die zunehmende Isolation verhindern.“ Die SPD sei, so Krügers Schluß, für die Alternativen „langweilig“.

Der designierte SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz: „Es ist so, als ob sich Chinesen mit Japanern verständigen sollten.“

Jetzt beginnen allmählich Versuche zu dolmetschen. Seit einigen Monaten sind die Genossen bemüht, die Kluft zu überwinden. Minister laden Alternative zu Diskussionen in ihre Amtsstuben, Funktionäre debattieren in Programmkommissionen über die Bewegung, Parlamentarier besuchen Wohngemeinschaften und Arbeiterkollektive in den Mietskasernen und Hinterhöfen von Berlin, Frankfurt oder Köln.

Die Sozialdemokraten haben erkannt, daß in dem Milieu der Alternativen mittlerweile über 200 000 Bürger praktizieren, was ihrer Partei nicht im-

mer fern war: Suche nach neuen Lebensformen, Solidarität ohne bürokratische Hemmnisse — etwa wenn die Berliner „Fabrik für Kultur, Sport und Handwerk“ in einer von Eltern verwalteten Privatschule neue Unterrichtsformen für Grundschulkindern erprobt, das Berliner Taxi-Kollektiv NeTaKo „nicht profitorientiert“ die Mitbestimmung im kleinen versucht oder die Gruppe „Offensives Altern“ sich um Seniorinnen bemüht.

Johano Strasser, Mitglied der SPD-Grundwertekommission: „Wir brauchen den Kontakt zu den Gruppen, um unser Fortschrittskonzept zu überdenken.“ Hamburgs Bürgermeister Hans-Ulrich Klose assistiert: „Von den alternativen Gruppen können wir lernen.“

Die Sozialdemokraten treibt freilich nicht nur Sympathie für die Gegenkultur um, sondern auch Sorge um die Nachwuchslinken.

Die alternative Bewegung, befand der linke SPD-Bundestagsabgeordnete Karsten Voigt bereits 1979, sei zwar zu klein, um parlamentarische Mehrheiten bilden zu können, aber: „Sie ist groß genug, um auf lange Zeit hinaus eine parlamentarische Mehrheitsbildung unter Führung der SPD blockieren zu können.“

Der damalige Berliner Wissenschaftssenator Peter Glotz im gleichen Jahr: Es sei eine „tödliche Gefahr“, wenn zwischen drei und fünf Prozent des linken Potentials „auf Dauer ausfielen“, wenn 20 oder 30 Prozent der jungen Generation sich daran gewöhnten, „alternativ“ oder gar nicht zu wählen.

In einer Analyse zu den Abgeordnetenhauswahlen im März 1979, bei denen die Alternative Liste 3,7 Prozent



Alternative Autowerkstatt in Berlin: Durch Staatsknete korrumpiert?

Im Monat der Liebe zur Göttin der Liebe auf die Insel der Götter



Kommt, seid unser Gast.
Schwimmt und badet in dem Meer, dem Aphrodite entstieg.
Oder wandert in den Hainen unserer Berge. Feiert das Frühlingsfest mit Aphrodites Töchtern im Mai.

Morgens wandern sie auf die Felder und sammeln Tau-tropfen. Damit waschen sie ihr Gesicht, dann wird die heiße Sonne des Sommers ihre Gesichter nicht verbrennen. Später tanzen und singen sie. Fremde, die unsere kleine Welt betreten, sind willkommen. Ihnen wünschen wir Glück in der Liebe. Vielleicht hier, wo die Gastfreundschaft zu Hause ist?



FREMDEVERKEHRZENTRALE ZYPERN
CYPRUS TOURISM ORGANISATION ZYPERN

Cyprus Airways bringt Sie hin.
Regelmäßig jeden Freitag im Linienflug ab Frankfurt und Düsseldorf. Am Sonntag ab München.

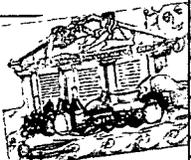
- COUPON**
- Erschließen Sie mir mit farbigen Prospekten mehr Wissen über Zypern.
 - Senden Sie mir als Willkommensgruß der Götter Ihr „Rezeptposter“.

Name _____

Straße _____

PLZ/Wohnort _____

Fremdenverkehrs-zentrale
Zypern
Kaiserstraße 13
6000 Frankfurt
Tel. (0611) 28 47 08



ZYPERN
Wo die Götter zu Hause sind.

burg, wolle doch nur versuchen, „die Jugend wieder stärker in dieses Gesellschaftssystem zu integrieren“. Zudem stiftete „ein so großer Batzen Geld Unruhe bis hin zur Zwietracht“.

Mittlerweile aber deutet sich ein Sinneswandel an. Die „Fabrik“ akzeptierte 100 000 Mark des Berliner Senats sowie einen Kredit in gleicher Höhe, um gemeinsam mit der Technischen Universität eine Wärmepumpe zu entwickeln. Und ein Arbeitskreis „Finanzierung von Alternativprojekten“ schlug in Berlin vor, die Bewegung müsse „den Kampf um Steuergelder aufnehmen — bei gleichzeitiger Wahrnehmung der Autonomie“.

Kämpfen wollen unter anderem soziale Gruppen wie der Verein zur Beratung Drogenabhängiger, der Arbeitslosenladen Kreuzberg, die Beratungsstelle für Schwule und Lesben, der Stadtteil-laden „Langer Erdmann“, aber auch politische Vereinigungen wie die Arbeitsgemeinschaft „Bürger beobachten die Polizei“ oder das „Komitee für Grundrechte und Demokratie“.

Ihre „gesellschaftlich sinnvolle Arbeit“, so die Begründung, leisteten sie



Bildungsminister Engholm
Fäden ins Milieu gesponnen

zur Zeit unter Bedingungen, die „persönlich, beruflich und politisch auf längere Sicht kaum oder nur sehr schwer durchzuhalten“ seien. Denn es fehle häufig selbst am Nötigsten, für Miete und Porto. Wenn sich die Lage nicht ändere, befand der Arbeitskreis, bestehe die Gefahr, daß die Berliner alternative Szene „zum omnibus-verglasten Zoo-Programm“ für Touristen verkomme.

Ein Befürworter der Staatsknete ist der Berliner Sozialwissenschaftler Peter Grottian, Mitglied des „Netzwerks Selbsthilfe“, eines Hilfsfonds für alternative Projekte (SPIEGEL 40/1980).

Wenn die Sozialdemokraten in größerem Umfang Projekte förderten, so seine These, könnten sie in den von ihnen regierten Ländern bessere und effektivere Sozialarbeit leisten.

So unwahrscheinlich ist dies nicht. Denn die Alternativen haben sich Sektoren erschlossen, in denen staatliche Helfer weitgehend machtlos sind. Beispiel: Während Sozial-Inspektoren gegen prügelnde Eltern nur mit Anzeigen oder dem Entzug des Sorgerechts vorgehen können, versucht das Berliner Kinderschutz Zentrum unter strenger



SPD-Theoretiker Strasser
Reklame für die Alternativen

Diskretion mit Beratung und Therapie zu helfen.

Noch aber sind selbst die Bedingungen einer Finanzhilfe für alternative Projekte nicht geklärt. So muß die staatliche Seite aus haushaltsrechtlichen Gründen prüfen, ob die Mittel sinnvoll ausgegeben werden, einige Gruppen dagegen wollen aus Angst um ihre Unabhängigkeit lieber ohne Auflagen kasieren.

Einen Befürworter haben sie bereits in den Reihen der SPD: den Vorsitzenden der Jungsozialisten Willi Piecyk: „Wir sollten die Musik bezahlen“, so der Juso-Chef, „aber die Leute spielen lassen.“ Auf diese Weise könne die SPD beweisen, daß sie es mit ihrem Dialog-Wunsch ernst meine.

Um die Glaubwürdigkeit der Partei geht es auch SPD-Referent Bernd Schoppe. Er plädiert dafür, daß sich Mandatsträger in Zukunft häufiger in Jugendzentren sehen lassen und mehr mit jungen Leuten diskutieren.

Vor allem sollten die Funktionäre öfter Themen ansprechen, die Jugendliche besonders berühren, etwa Umweltschutz, Friedens- und Abrüstungspolitik.

Da haben die Genossen derzeit freilich schlechte Karten. ◆